

rein Altburg
 am
 12. Novbr., einen
 sflug
 Musik
 Hofhaus z. Löwen.
 Althengstett
 Sonntag
 „Traube“
 eine
 t-Feier
 mit
 terhaltung
 der Ausschuss.

er-Rüte
 utmann
 elm
 Tel.
 368.

0000 Mark
 nigen, der mir
 e 2-3-Zimmer-
 ohnung verschafft

ohne Genehmigung
 d. Wohnungs-
 ts bezogen wer-
 den darf.

beres zu erfragen auf
 Geschäftsstelle des Bl.
 f. geb. Musiklehrerin
 t ein heizb. möbl.
 Zimmer

Aktien-Gesellschaft
 Egitrbr. nicht geeignet.
 men oder Herren als
 detail-Reisende
 eine hohe Provision.
 Sicherheitsleistung für
 Unterkollektion Bedin-
 gung. Angeb. unter S.
 500 an „Invalident-
 k“ Amocenerpedit.
 rein W. 9 erbeien.

lender
 Nr 1923
 zeichnis.
 Mk. zu haben
 dieses Blattes.

n Geschäften
 General-Vertreter:
 nau, Fernruf 1457.

Calmer Calverblatt

Nr. 264 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.

Verrechnungsmesse: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Seite Nr. 14.—
 Wochen Nr. 40.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Samstag, den 11. November 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 540.— vierteljährlich. Postbezugs-
 preis Nr. 540.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Das letzte Gutachten der ausländischen Sachverständigen.

Die Reparationsfrage.

Der Wortlaut des letzten Gutachtens.

Berlin, 10. Nov. Der Reichsregierung ist nunmehr auch das letzte der von den internationalen Sachverständigen abgegebene Gutachten zugegangen. Es ist unterzeichnet von Bissiering, Dubois und Kamenta und lautet: 1. Frage: Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich? — Wir antworten: Eine dauernde Stabilisierung der Mark läßt sich solange nicht erreichen 1) als der Papiergeldinflation, deren gegenwärtige Hauptursache das Defizit des deutschen Reichshaushalts und der Staatsbetriebe ist, nicht Einhalt geboten wird, 2) als die Zahlungsbilanz infolge des Einfuhrüberschusses, der Kapitalflucht ins Ausland, der Abneigung gegen die Mark im Inland und der Sachlieferungen und Barzahlungen für die Reparationen passiv bleibt.

2. Frage: Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die Stabilisierung zu ermöglichen? — Unsere Antwort ist bereits in der Antwort auf die erste Frage enthalten, doch erscheint uns eine nähere Angabe zweckmäßig. Die verheerenden Wirkungen der Papiergeldinflation haben in Deutschland und anderswo eingeleitet, als man im Laufe des Krieges die Ausgaben nicht mehr durch die regelmäßigen Einnahmen aus den Steuern bestritt, sondern durch vermehrte Anleihen, namentlich durch die Vermehrung der schwebenden Schuld. Sie ist später durch die Notwendigkeit der Beschaffung von Nahrungsmitteln und schließlich durch das Defizit des ordentlichen und des außerordentlichen Reichshaushalts angewachsen. Nun aber führt jede Inflation aus sich heraus zur neuen Inflation, denn bei jeder Verminderung der Kaufkraft der Papiermark bedarf es zur Ausföhrung der gleichen Geschäfte eines erhöhten Betrags. Wenn die Maßregeln zur Stabilisierung der Mark dauernde Wirkung haben sollen, so muß die Inflationsursache, die bei der Regierung liegt, verschwinden, d. h. der Reichshaushalt muß tatsächlich ausgeglichen sein. Die tatsächlichen Ausgaben müssen sich in den Grenzen der möglichst zu beschränkenden Voranschläge halten. Wenn die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hinreichen, müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Schließlich darf der außerordentliche Reichshaushalt nicht mit Ausgaben für Kapitalinvestitionen belastet werden, die sich vermeiden oder auf bessere Zeiten verschieben lassen, noch auch darf der außerordentliche Reichshaushalt Voranschläge für die Reparationszahlungen enthalten, die die etwaigen Überschüsse aus den Einnahmen des ordentlichen Reichshaushalts übersteigen. Zur Erreichung dieses Ziels ist erforderlich a) Strenge Sparsamkeit im Reichshaushalt, Verringerung des Personals der Staatsämter und Betriebsverwaltungen, sowie allmählicher Abbau der unmittelbaren oder mittelbaren Ernährungszuschüsse. Nach unserer Meinung muß aber die Regierung wie die Bevölkerung alles aufbieten, um diese Produktionskraft wieder zu erlangen. b) Von der abnormen Entwicklung der Einfuhr unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Die Mark ist in solchem Maße gesunken, daß das Vertrauen der Deutschen zu ihrer eigenen Währung mehr als erschüttert und daher ein Nachlassen des Spartriebs und eine Neigung zum Ausgeben zu verzeichnen ist. Könnte durch den Beginn der Stabilisierung die Kaufkraft wieder hergestellt werden, so würde dieser Anreiz zur Einfuhr verschwinden. Andererseits wird die Einfuhr durch die Verpflichtung Deutschlands begünstigt, gewisse ausländische Waren ins Land zu lassen, sowie durch das sogenannte Loch im Westen. Es ist klar, daß die deutsche Regierung, wenn sie in dieser Hinsicht machtlos bleibt, große Mühe haben wird, die Einfuhr ernstlich zu überwachen und sie wirksam zu beschränken. Außerdem findet gegenwärtig eine erhöhte Einfuhr statt, namentlich von Getreide. c) Wir besitzen keinerlei Daten, die uns die Schätzung ihres Umfanges gestatten, wir sind aber der Meinung, daß einerseits, sobald die Stabilisierung der Mark eingeleitet wird, einer der Gründe für die Kapitalflucht wegfiele, daß Aussicht auf ein allmähliches Zurückströmen bestände und daß andererseits die deutsche Steuergesetzgebung berücksichtigt werden muß, da sie bei der Besteuerung des Vermögens und des Einkommens über gewisse Grenzen hinaus die Kapitalflucht herausfordert und ihr auch durch drakonische Maßnahmen nicht völlig vorbeugen

kann. d) Schließlich war Deutschland in den vergangenen Jahren und bis in die letzte Zeit zu Barzahlungen und Sachleistungen auf das Reparationskonto gezwungen, die seine Zahlungsbilanz erheblich beeinflussten. Wir halten jeden Versuch zur Stabilisierung der Mark gegenwärtig für zwecklos, wenn diese Zahlungen nicht bis zu dem Augenblick aufhören, wo Aussicht besteht, daß das Gleichgewicht gesichert ist.

3. Frage: Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen? — Sobald die oben genannten Voraussetzungen erfüllt oder auf dem Wege der Verwirklichung sind, schlagen wir folgende Maßregeln vor: 1) Wertmesser. Mit Rücksicht darauf, daß die Papiermark unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Eigenschaft als Wertmesser vollständig verloren hat, muß in nächster Zukunft zur Schaffung eines neuen Wertmessers geschritten werden. 2) Die Geldbank. Behufs Durchführung der Stabilisierung der Mark wäre es zweckmäßig, eine selbständige Organisation mit juristischen Persönlichkeit zu schaffen, beispielsweise in Form einer Aktiengesellschaft, die mit „Geldbank“ bezeichnet werden könnte, da sie zur Einführung des neuen Geldes ins Leben gerufen wird. Das Kapital wäre auf 100 000 000 Goldmark festzusetzen, die von der Reichsbank in Gold eingezahlt werden müßten. Für den Gegenwert erhielte die Reichsbank Aktien der neuen Geldbank, wodurch die Aktien der Reichsbank keine Verringerung erfahren würden. 3) Internationaler Bankkredit. Die Stabilisierung der Mark kann nur unter Mithilfe eines erheblichen Kredits von ausländischer Seite, beispielsweise im Betrag von 500 000 000 Goldmark in bisheriger Währung, durchgeführt werden. Dieser Kredit wäre am besten in Form eines Akzeptowechsels bei einer ausländischen Bank zu gewähren. Er muß zur Verfügung der Geldbank stehen, die nach Bedarf mit der Trassierung von Wechseln, die ihr den Ankauf von Devisen gestatten, Vorschuß beanspruchen kann. Für die Kreditgewährung kommen größere Banken in den Vereinigten Staaten und den europäischen Staaten mit normaler Währung in Betracht. 4) Vorbedingungen zur Stabilisierung. Wir halten es für angezeigt, an dieser Stelle zu wiederholen, daß eine endgültige Stabilisierung nur zu erreichen ist, sofern die Verhältnisse im Lande die Stabilisierung de facto ermöglichen a) durch Ausgleich des Staatshaushalts, b) durch Herbeiföhrung einer aktiven oder wenigstens einer ausgeglichenen Handelsbilanz, c) durch Ausgleichung des Staatshaushalts durch Vermehrung der Steuereinnahmen nicht möglich ist, muß die Ausgleichung durch Verringerung der Ausgaben gesucht werden. Da eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen kaum möglich sein wird, dürfte nur eine Verringerung der Ausgaben zum Ziele führen. In erster Linie muß nicht nur das Defizit der Eisenbahn- und der Postverwaltung einschließlich Telefon und Telegraph verschwinden, d. h. die Betriebseinnahmen müssen die Betriebsausgaben decken, sondern diese Anstalten müssen außerdem Überschüsse ergeben, die die genügende Amortisation der Immobilien und die Verzinsung des investierten Kapitals sicherstellen. Zudem ist es unbedingt notwendig, die Unterstühtungen, die infolge der Zwangswirtschaft zu bezahlen sind und die eine falsche Preisstellung verursachen, in möglichst kurzer Frist einzustellen. Letzten Endes müßte die Herabsetzung der Anzahl der Beamten veranlaßt werden. Bezüglich der außerordentlichen Ausgaben, soweit diese unbedingt nötige und dauernde Anlagen wie Eisenbahnen, Kanäle und dergleichen betreffen, ist zu bemerken, daß die notwendigen Geldmittel durch innere langfristige Anleihen aufgebracht werden müßten. Auf die Reparationszahlungen kommen wir weiter unten zu sprechen. Zu b): Jede Maßnahme muß versucht werden, um die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, wodurch gleichzeitig die Zahlungsbilanz eine Beeinflussung in günstigem Sinne erfährt. Zu diesem Zweck muß vor allem eine Vermehrung der Produktion herbeigeföhrt werden, sowohl durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, als auch durch Erhöhung der Arbeitsintensität, gegebenenfalls durch Verlängerung der Arbeitszeit. Zu c): Zahlungen für Wiedergutmachungen dürfen dem Deutschen Reich nicht auferlegt werden, solange sie nicht aus dem Überschusse des Staatshaushalts bezahlt werden können, da sonst diese Zahlungen zu einer neuen Ausgabe von Schatzscheinen und damit zur Erhöhung der Notenzirkulation bezw. der Inflation führen und die Stabilisierung auf diese Weise unmöglich machen würden. 5) Provisorische Stabilisierung. Wenn die Hoffnung begründet ist, daß die oben genannten Voraussetzungen in nicht allzu ferner Zeit

Neueste Nachrichten.

Die Mitglieder der Reparationskommission sind gestern von Berlin abgereist. Auf die letzte Note der deutschen Regierung haben sie geantwortet, daß sie die bisherigen deutschen Vorschläge, und die, die eventuell noch folgen (!) werden, in Paris einer Prüfung unterziehen werden, ebenso wie die Gutachten der ausländischen Sachverständigen. Es wird also noch lange dauern, bis wir zu einer Lösung, d. h. zur Stabilisierung unserer Mark kommen.

Was die Franzosen über die Berliner Verhandlungen denken, das hat ihr Vertreter, Barthou recht deutlich gesagt. Sie sind, wie immer, nicht zufrieden. Sie wollten Vorschläge über deutsche Reparationsleistungen, erhielten dafür aber nur Nachweise f. d. Zahlungsunfähigkeit Deutschlands. Daß man in Paris zugeben wollte, daß unsere Finanz- und Wirtschaftskatastrophe Ausfluß der französischen Auspressungs- und Drohpolitik ist, das kann man natürlich nicht erwarten. Bekanntlich verfolgen die Franzosen mit dieser Haltung das Ziel, neue „Pfländer“ im Rheinland zu beschlagnehmen, womöglich aber das Rheinland selbst wirtschaftlich und politisch von Deutschland zutrennen.

Zwar gibt sich auch die neue englische Regierung den Anschein, als ob sie die französischen Vernichtungspläne nicht mitmachen wolle, wir haben aber auf Grund der Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit alle Ursache, dieser Verschleppungs- und Verschleierungspolitik gegenüber schärfstes Mißtrauen zu hegen, denn letzten Endes werden sich, wie aus den Kundgebungen der englischen Staatsmänner klar zu ersehen ist, die Alliierten stets einigen, und zweifellos immer auf Kosten Deutschlands.

Es liegt jetzt auch das dritte Gutachten der ausländischen Sachverständigen vor, das schärfste Sparmaßnahmen im Innern, vorläufige Befreiung von den Reparationslasten, Errichtung einer Geldbank mittelst Unterstühtung durch den Reichsbankgoldschatz und endlich eine ausländische Anleihe vorschlägt. Das Gutachten verlangt besonders radikale Maßnahmen in bezug auf die Rentabilität der Staatsbetriebe, die Produktion, die Einfuhr und Ausfuhr.

erfüllt werden können, so kann der Versuch zu einer provisorischen Stabilisierung unternommen werden. Da es vor allem erforderlich ist, daß die Geldbank, der die Leitung der Operation obliegen wird, über genügende Kräfte verfügt, um allen Gegenströmungen entgegentreten zu können, sollten der Geldbank bezw. dem Komitee 1) der gesamte Auslandskredit, 2) wenigstens ein gleicher Betrag von Gold der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden. Mit Hilfe dieser umfangreichen stühtigen Mittel sollte die Geldbank Markguthaben und auf Mark lautende Banknoten aufkaufen, vornehmlich durch Konzentration ihrer Tätigkeit auf die ausländischen Märkte. In der Annahme, daß auf diese Weise die Mark zu einem beträchtlich höheren Stand zurückgeföhrt werden kann, werden sich nachbezeichnete Vorteile ergeben: a) Der unproportional stark entwertete Mark wird ein Niegel vorgeföhren. b) Der Mark wird auf eine Basis gebracht, die gegenüber dem gegenwärtigen Stand nicht eine vollständige Entwertung der Markguthaben aller Art bedeutet. c) Je höher die Stand der Stabilisierung gewählt wird, desto eher wird die derzeitige Notenzirkulation dem Bedarf des Landes genügen. 6) Der Zeitpunkt der provisorischen Stabilisierung. Wenn alle diese so erstrebenswerten Folgen berücksichtigt werden, so erscheint es unbedingt angezeigt, sofort den Versuch zu einer provisorischen Stabilisierung zu unternehmen, sofern Aussicht besteht, daß die oben erwähnten Voraussetzungen sich in nicht allzu ferner Zeit erfüllen. 7) Die Konversionskasse. Wenn ein genügend hoher Kurs der Mark erreicht sein wird, muß mit allen Mitteln versucht werden, diesen Stand beizubehalten, sei es durch Ankauf von Devisen bei einem Steigen der Mark, sei es durch Käufe von Mark, wenn diese gestüht werden soll. 8) Eine offizielle Parallelwährung. Das zu erreichende Ziel besteht in der Herstellung einer Goldwährung. Falls es in der Uebergangszeit notwendig sein sollte, wäre es angezeigt, vorübergehend die Papiermarkwährung in Zirkulation zu lassen und gleichzeitig die Goldmark als Rechnungsgeld einzuföhren. 9) Die endgültige Stabilisierung. Es wird dann zu überlegen sein, in welcher Weise die noch im Umlauf befindlichen Papiermarknoten gegen Goldbanknoten oder entsprechende Guthaben ausgetauscht werden können. Nach Durchführung der Maßnahmen kann die Aufhebung

Der Geldbank in Frage kommen. Die Reichsbank wäre damit wieder allein mit der Notemission und mit der Handhabung der Parität zu betrauen. 10) Die schwebende Schuld. Während einer gewissen Uebergangszeit wird die Vermehrung der schwebenden Schuld nicht völlig unterbunden werden können. Dementsprechend sollte der Regierung die Möglichkeit gegeben sein, bis zu einem bestimmten und noch zu bestimmenden Betrag die schwebende Schuld zu vermehren, bis die günstige Wirkung der Stabilisierung zur Geltung kommt. Die zu treffende Maßnahme muß unverzüglich veranlaßt werden, da sonst zu befürchten ist, daß die Aktion zu spät kommen wird, um Aussicht auf Erfolg zu haben.

Eine nichtsagende Antwort der Reparationskommission auf den letzten deutschen Vorschlag.

Berlin, 11. Nov. Die Antwort der Reparationskommission auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 8. November lautet: Die Reparationskommission hat die gestern von Ihnen mitgeteilte Note der deutschen Regierung nebst den ihr beiliegenden Urkunden zur Kenntnis genommen. Wie die Kommission, die zum Zweck einer Untersuchung hergekommen war, schon vor ihrer Abreise bestimmt hat, wird sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris die ihr von Ihnen unterbreiteten Vorschläge oder andere, womit Sie sie etwa noch zu befaßen für angezeigt halten, über die Gesamtheit der Fragen, die sie mit Ihrer Regierung erörterte, einer Prüfung unterziehen.

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, die erneute Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.
(Geg.): Louis Barthou. John Bradbury. Léon Delacroix. Salgado Maggi.

Abreise der Ententevertreter aus Berlin.

Berlin, 10. Nov. Die Delegierten der Reparationskommission sind heute mittag nach Paris abgereist.

Die „Times“ zur Äußerung der ausländischen Sachverständigen.

London, 10. Nov. Die „Times“ bezeichnen in einem Leitartikel das von Brandt, Cassel, Vens verfaßte Memorandum als eine unparteiische Darstellung der deutschen Geldlage. Das Blatt weist jedoch daran, ob es ratsam sei, den Zeitraum des Moratoriums? endgültig festzusetzen. Diesen Zeitraum müßte die interalliierte Kontrollkommission festlegen und er müßte einen Teil der völligen Regelung des Reparationsproblems bilden. Die Sachverständigen hätten gute Arbeit verrichtet, die den Weg für eine gemeinsame Politik der Alliierten zur Regelung des Reparationsproblems ebnen müßte.

Barthou über das Berliner Ergebnis.

Paris, 11. Nov. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Äußerungen, die Barthou ihrem Vertreter gegenüber gemacht hat: Die Berliner Reise der Reparationskommission war ein Gebot der Notwendigkeit. Sie hat in der Hauptsache ihren Zweck erfüllt. Der Zweck der Reise war nicht, die Fragen an Ort und Stelle zu entscheiden, sondern sie dokumentarisch festzulegen und ihre Lösung vorzubereiten. Ueber die Lage haben wir vieles erfahren, das uns sonst unbekannt geblieben wäre. Insbesondere haben unsere Bemühungen es nicht dahin gebracht, daß wir die Vorschläge erhielten, die wir mit Recht erwarten durften. In Deutschland ist die Flucht vor der Verantwortung nicht weniger groß als die Kapitalflucht. Die Note der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark gleicht nur entfernt dem genauen Plan, den sie uns versprochen hatte. Was sie vorgebracht hat, sind Anregungen.

Die Frage der Kohlenmehrlieferungen.

Berlin, 10. Nov. In der Sitzung der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen gab Geh. Obermedizinalrat Dr. Rohne vom preussischen Wohlfahrtsministerium Erklärungen über die ernste Bedrohung der deutschen Volksgesundheit durch die wachsende Kohlennot ab. Es sei erforderlich, namentlich den unbemittelten Volksschichten im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern, da sie nicht mehr in der Lage seien, sich den notwendigen Bedarf an Fett zuzuführen und deshalb Erkrankungen im besonderen Maße ausgesetzt seien. Unter diesen Umständen würde eine Mehrlieferung von Kohlen an die Entente unumittelbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Etwa 700 000 deutsche Familien würden infolge der Mehrlieferung keine oder keine genügenden Kohlen erhalten.

Bonar Law über die englische Politik. Für Einigkeit der Entente im Orient. Für Mäßigung gegenüber Deutschland.

London, 10. Nov. Bonar Law erschien gestern abend wegen Erfüllung erst nach Beendigung des Banketts in der Guild-Hall. In seiner Rede erklärte er, das große Ziel einer jeden Regierung, die ans Ruden käme, sei die Betonung des Friedens. Augenblicklich könne ein unmittelbarer Frieden durch den Völkerbund nicht gesichert werden. Was die Lage in Konstantinopel betreffe, so handelte die Alliierten bisher in vollkommenster Uebereinstimmung. Dauerte diese fort, so würden die Schwierigkeiten sicherlich überwunden. Es gebe augenblicklich nur einen Weg, wie der Frieden gesichert und die Schwierigkeiten in Europa überwunden werden könnten; daß die Alliierten, die den Krieg zusammen gewonnen hätten, auch gemeinsam handeln, um den Frieden zu sichern, den sie allein sichern könnten. Die italienische und die französische Regierung wüßten sicherlich so gut wie die britische, daß man nicht auf einem Teile des Feldes einig, auf dem anderen Teile uneinig sein könne, und daß überall Einigkeit herrschen müsse, da sonst das Arbeiten überhaupt unmöglich sei. Bonar Law bezeichnete die Absicht, das England seine eigennütigen Interessen in der Reparationsfrage milder gegenüber Deutschland gestimmt hätten, weil es mehr als andere Nationen vom Außenhandel abhängig und daher die Wiederherstellung Deutschlands und die Wiederherstellung des englischen Handels mit Deutschland ein eigennütziger Vorteil für das britische Reich sei, als völligen Irrtum. Es sei

vollkommen wahr, daß es im Interesse der ganzen Welt liege, daß sich Zentraleuropa erhole. Deutschland sei jedoch sowohl ein großer Abnehmer wie auch ein großer Rivale Englands. Es sei vollkommen sicher, daß, soweit materielle Interessen in Betracht kämen, die Erholung Deutschlands von diesem Standpunkt aus mindestens ebenso nützlich für Frankreich wie für England sei. Der Premierminister schloß: Wir beginnen mit dem guten Willen und wissen, daß er überall herrscht. Wir beginnen mit der Ueberzeugung, daß unsere Alliierten ebenso denken wie wir und daß wir übereinstimmen müssen, da sonst das Chaos die Folge sein würde. Ebenso wie wir im Kriege übereinstimmten, so hoffe ich, daß wir es ermöglichen werden, bei der Herstellung des Friedens ebenfalls bereinzustimmen.

Amerika und die Kriegsschulden der Alliierten.

London, 10. Nov. Reuter meldet aus Washington: Der dem Staatssekretär Hughes durch die alliierten Botschafter überreichte Vorschlag geht dahin, daß ein amerikanischer Sachverständiger nach Paris geschickt werden soll, um über die Mittel und Wege der Durchführung der Zahlung an die Vereinigten Staaten zu beraten. Es liegt noch keine Mitteilung über die Antwort von Hughes vor.

Zur auswärtigen Lage.

Mussolini für eine Einheitsfront der Entente gegen die Türken.

Rom, 9. Nov. In dem heute nachmittag abgehaltenen sechsstündigen Ministerrat unterrichtete Mussolini seine Kollegen von der Lage im Innern, die sich bessere. Er sagte, alle Stadtverwaltungen, die seit dem 1. November gezwungen worden seien, zurückzutreten, und auch die seit dem 1. November besetzten Arbeitskammern sollten die Arbeit wieder aufnehmen. Mussolini erklärte, er wolle die Freiheit der Presse aufrecht erhalten. Ferner teilte er Nachrichten aus Sardinien mit, die jedoch keinen Anlaß zu Besorgungen gäben. Die dortige Bevölkerung sei den vaterländischen Ueberlieferungen treu. Es seien Maßnahmen zur sofortigen Unterdrückung jeden Versuchs eines antinationalen Aufstands auf der Insel getroffen worden. Die auswärtige Lage sei sehr heikel. Hinsichtlich Konstantinopels habe er den Botschafter Garroni telegraphisch erlucht, er solle sich für die Bildung einer Einheitsfront gegenüber der Türkei einsetzen, die zwar Griechenland, aber nicht die Entente geschlagen habe. Mussolini sagte, er behalte sich vor, an der Konferenz der Ministerpräsidenten von England und Frankreich teilzunehmen, die vor der Brüsseler Konferenz stattfinden werde. Hinsichtlich der Lage in Fiume hob er hervor, daß sie normal sei.

Türkische Verhandlungsbereitschaft.

Paris, 10. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel hat Ismed Pascha in einer Unterredung mit General Pellet klar zum Ausdruck gebracht, daß er ein Interesse an der möglichst baldigen Aufnahme der Friedensverhandlungen in Lausanne habe. Er habe die Absicht geäußert, in ganz kurzer Frist nach Lausanne abzureisen. Nach dem „Temps“ soll die französische Regierung vorgestern abend nach London telegraphiert haben, daß sie es für dringend notwendig halte, die Friedenskonferenz, wie ursprünglich geplant, am 23. November zusammenzutreten zu lassen.

Die Wahlen in Nordamerika.

Sieg der Republikaner im Repräsentantenhaus.

New York, 9. Nov. Die Republikaner haben 218 Sitze im Repräsentantenhaus erhalten und damit die Mehrheit behalten. Die Demokraten erhielten bisher 205 Sitze, die Sozialisten, die Landwirte und die Unabhängigen je einen Sitz. Von 9 Wahlkreisen sind die Ergebnisse noch unbekannt.

Paris, 9. Nov. Nach einer Havasmeldung aus New York ist die republikanische Mehrheit im Senat nicht bedroht, obwohl die Republikaner 6 Sitze verloren haben. Von 35 zur Wahl stehenden Kandidaten haben die Republikaner 11, die Demokraten 19 erhalten. In 5 Wahlkreisen sind die Demokraten an der Spitze. Im bisherigen Senat betrug die republikanische Mehrheit 24. Unter den Geschlagenen befindet sich auch der Urheber des neuen Zolltarifs, Senator Mac Cumber.

London, 9. Nov. Die „Morning Post“ schreibt, die Partei Hardings habe bei den Wahlen eine vernichtende Niederlage erlitten. Die republikanische Niederlage sei allgemein. „Daily Chronicle“ erwartet, daß sich die neue Aktion der demokratischen Partei in der amerikanischen Außenpolitik fühlbar machen werde. — Einmal wird von einem republikanischen, dann von einem demokratischen Sieg gesprochen, man wird also Näheres noch abwarten müssen.

Deutschland.

Zur Frage der Erweiterung der Reichsregierung.

Berlin, 10. Nov. Zu der Meldung der Sozialdemokratischen Parlamentskorrespondenz, daß gestern von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beschlossen worden sei, in der am Dienstag beginnenden Reichstagsdebatte die Erweiterung der Regierung zu fordern, teilt die „Vossische Zeitung“ mit, daß die Meldung in dieser Form unrichtig sei. Es habe sich in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft nur darüber ein Einverständnis ergeben, daß es wünschenswert sei, daß der Reichskanzler am Dienstag nicht bloß auf außerpolitische Dinge eingehe, sondern zugleich das Wirtschaftsprogramm verkünde. Der Reichskanzler habe das zugesagt. Außerdem halte man es, dem Blatt zufolge, in den einzelnen Parteien vor allem aus außenpolitischen Gründen für wünschenswert, daß der Kanzler mit den Vorbereitungen zur

Umgestaltung des Kabinetts möglichst bis Dienstag fertig werde.

Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte für Erweiterung der Regierung.

Berlin, 10. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die gestern die Verhandlungen mit der Reparationskommission besprach, erörterte die Möglichkeit einer Regierungsumbildung. Eine sog. Parlamentskorrespondenz will wissen, daß man sich dahin verständigt habe, in der am Dienstag beginnenden großen politischen Reichstagsdebatte übereinstimmend eine Erweiterung der Regierung zu fordern. — Zentrum und Demokratie werden also wohl den Antrag auf Zuziehung der Deutschen Volkspartei zur Regierung stellen.

Der Reichsrat zur Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Berlin, 9. Nov. Der Reichsrat hat die von der Regierung eingebrachte Novelle zum Einkommensteuergesetz gegen die Stimme Thüringens angenommen. Die Vorlage enthält u. a. folgende Änderungen des geltenden Gesetzes für 1923: Die Grenze des steuerbaren Einkommens für die nur 10 Prz. zu erheben sind, wird auf das Vierfache erhöht. Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 Mark für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 M beträgt und um 4800 M für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 M nicht übersteigt. Für 1922 wurde in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Prz. beträgt, wurde von 100 000 M auf 250 000 M erhöht. Die Abzüge, von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 M monatlich für den Ehemann und dessen Ehefrau und je 610 M für jedes Kind.

Der Reichspräsident beim Berliner Gemeinderat.

Berlin, 11. Nov. Der Reichspräsident erschien gestern abend im Berliner Rathaus um einer Sonder Sitzung des Magistrats beizuwohnen. Oberbürgermeister Böß begrüßte den Reichspräsidenten mit einer Ansprache, in der er für den Besuch dankte und dann einen Vortrag über die Gesamtlage der Stadt Berlin hielt. Der Reichspräsident erkannte in seiner Erwiderung die Schwierigkeiten an, in die besonders die großen Städte durch die Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit geraten sind und gab der Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft Ausdruck. Das Reich bringe der wirtschaftlichen Not der Großstädte Verständnis und volle Aufmerksamkeit entgegen und sei zur Hilfe bereit, soweit dies in den Grenzen der eigenen Notlage möglich sei. Wenn es dem Reiche gelinge, sich wieder aufzurichten, würden auch die Städte wieder aufleben und der sie jetzt belastenden Sorgen Herr werden. — Dem Empfang wohnten auch der Reichskanzler, eine Anzahl Minister des Reichs und Preußens, sowie hervorragende Persönlichkeiten aus Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft bei.

Der Ankauf von Grundbesitz durch Ausländer.

(Gz.) Wiesbaden, 9. Nov. In der letzten Stadtverordnetenversammlung machte ein sozialdemokratischer Stadtverordneter die Mitteilung, daß in der letzten Zeit hier 800 Häuser mit erheblichem Wertzuwachs in anderen Besitz übergegangen sind. Etwa 750 Häuser wurden von Ausländern erworben, das ist ein Fünftel des gesamten hiesigen Hausbestandes.

Bayern.

Gegen die Putschgerüchte in Bayern.

München, 11. Nov. Wie die Korrespondenz Hoffmann“ feststellt, ist die bayerische Regierung bereits am 4. November den Gerüchten über eine angebliche Putschgefahr in Bayern entgegengetreten. Trozdem seien die tendenziösen Meldungen dieser Art nicht verstimmt, sondern würden hartnäckig weiter verbreitet. Es wird deshalb erneut an die Bevölkerung die dringende Aufforderung gerichtet, nicht durch Verbreiten von haltlosen Gerüchten die Erregung noch zu steigern, vielmehr die Verbreiter aller alarmierenden Ausstreunungen der Polizei namhaft zu machen. Zur Sache selbst wird wiederholt darauf hingewiesen, daß nach der derzeitigen Lage keinerlei Anlaß zu Besorgungen gegeben ist und daß die bayerische Regierung jedem Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, mit allem Nachdruck entgegenzutreten wird.

München, 11. Nov. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, wurde in den Räumen der „Münchener Post“ eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Es soll sich um ein Verfahren wegen Landesverrat handeln. Die „Münchener Post“ brachte vor einigen Tagen Mitteilungen über einen angeblichen Waffenfund.

Eine Anfrage der bayrischen Sozialdemokratie über die Putschgefahr.

München, 10. Nov. Die bayerische Sozialdemokratie hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet, die sie im Landtag beantwortet wissen will. Seit längerer Zeit macht sich in Bayern eine wachsende öffentl. Unsicherheit bemerkbar. Bewaffnete, aus geheimen Geldquellen gespeiste Bänder durchziehen das Land, machen sich behördliche Befugnisse an, fordern öffentlich zu Gewalttätigkeiten auf, stören friedliche Zusammenkünfte, vergehen sich gegen Leib und Gut der Einwohner und beschwören so Zustände herauf, die eines Rechtsstaates unwürdig sind und seine Grundrechte erschüttern müssen. Die bayerische Regierung hat bisher diesem Treiben gegenüber eine unverständliche Lässigkeit an den Tag gelegt. Was gebekt die Regierung zu tun, um Recht und Gesetz wieder herzustellen und die gleichmäßige Handhabung der Gesetze den Einwohnern gegenüber zu sichern?

bis Dienstag fertig
Mitte
Regierung.

meinschaft der Mitte,
der Reparationskom-
mission einer Regie-
rungskorrespondenz will
igt habe, in der am
itischen Reichstagsbe-
rathung der Regierung
nie werden also wohl
ischen Volkspartei zur

Steuergesetz.

at die von der Regie-
rungssteuergesetz gegen
n. Die Vorlage ent-
geltenden Gesetzes
Einkommens für die
das Vierfache erhöht.
füßt sich um je 2400
dessen Ehefrau, wenn
r als 400 000 M be-
rige Kinder. Außer-
Steuerschuldige über
200 000 M nicht
Regierungsvorlage
was ermäßigt. Der
Prz. beträgt, wurde
Die Abzüge, von der
22 sollen betragen je
d dessen Ehefrau und

ner Gemeindecart.

erfahren gestern Abend
thung des Magistrats
grüßte den Reichsprä-
für den Besuch dankte
lage der Stadt Berlin
einer Erwiderung die
roßen Städte durch die
geraten sind und gab
Ausdruck. Das Reich
städte Verständnis und
r Hilfe bereit, soweit
möglich sei. Wenn es
ten, würden auch die
t belastenden Sorgen
uch der Reichsanstalt,
reuzens, sowie hervor-
Industrie, Kunst und

durch Ausländer.

der Stadtverordneten-
vorordneten die Mit-
äufer mit erheblichem
gen sind. Etwa 750
das ist ein Fünftel

in Bayern.

pondenz Hoffmann“
reits am 4. Novem-
che Putschgefahr in
en die tendenziösen
, sondern würden
deshalb erneut an-
rung gerichtet, nicht
a die Erregung noch
r aller alarmierenden
n machen. Zur Sache
esen, daß nach der
rührungen gegeben
dem Versuch, die öf-
Nachdruck entgegen-

ener Neuesten Nach-

en der „Münchener
genommen. Es soll
rat handeln. Die
lagen Mitteilungen

zialdemokratie

hr.

zialdemokratie hat
ändert, die sie im
längerer Zeit macht
icherheit bemerkbar.
gespeiste Banden
liche Befugnisse an,
uf, stören friedliche
Reich und Gut der
herauf, die eines
e Grundrechte er-
ung hat bisher die-
che Lässigkeit an den
g zu tun, um Recht
gleichmäßige Hand-
genüber zu sichern?

Das Programm des neuen bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 9. Nov. Der bayerische Landtag ist heute vor-
mittag zur Entgegennahme der Programmrede des neue-
wählten Ministerpräsidenten, Dr. v. Künzing, zusamen-
getreten. Der Ministerpräsident teilte zunächst mit, daß
er die bisherigen Ressortminister auch in sein Kabinett
übernommen habe und daß eine Befehung des Handels-
ministeriums für die allernächste Zeit in Aussicht genom-
men sei. Sein Amt als Ministerpräsident werde er nach
folgenden Richtlinien führen: Das Programm des frü-
heren Ministerpräsidenten v. Kahr bleibe auch heute noch
eine maßgebende Grundlage für die Führung der Geschäfte.
Hinsichtlich des Verhältnisses Bayerns zum Reich erklärte
der Ministerpräsident, daß er gegen jede Unzweifelung der
Reichstreue Bayerns Verwahrung einlegte. Bayern habe
den Kampf mit dem Reich nicht gesucht und werde ihn
nicht suchen. Das Heil Deutschlands erblicke er nicht in
einem straffen Einheitsstaat, sondern in der Rückkehr zu
den bewährten bundesstaatlichen Grundlagen. Schranken-
loser politischer und kultureller Unitarismus wäre der
Tod der deutschen Entwicklung. Das Deutsche Reich
werde am besten gedeihen, wenn seine einzelnen Staaten
sich als lebendige Glieder des Ganzen fühlen. Er wünsche
sehr, daß die Reichstreue Bayerns nicht so gleich
wieder einer gleich schweren Belastungsprobe wie im Som-
mer unterstellt werde. Sollte gleichwohl, was er nicht er-
warten möchte, Bayern neuerlich einen Angriff (?) auf
seine eigenen Lebensinteressen abzuwehren haben, so werde
man ihn jederzeit auf dem Plan finden, wenn es gelte,
Bayerns Selbständigkeit zu verteidigen. (Lebhaftes
Bravo.) Eine Reichsregierung, die den berechtigten Le-
bensnotwendigkeiten der Länder gebührende Rechnung
trage und eine zielbewußte, von nationaler Würde ge-
tragene Reichspolitik verfolge, werde Bayern als den treue-
sten Gefolgsmann an ihrer Seite haben. Der Minister-
präsident wandte sich sodann gegen die Erfüllungspolitik
um jeden Preis und erwartete von der Reichsregierung
einen entschlossenen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, gegen
die Unerfüllbarkeit der Wiedergutmachungspolitik und ge-
gen die unzumutbare Bedrückung durch die gegenwärtige Be-
satzung. Eine solche Reichspolitik wäre wirksamer als ir-
gend ein Schutzgesetz. An seiner Bereitwilligkeit, ein von
gegenseitigem Verständnis getragenes Verhältnis zum
Reich zu pflegen, sollte es bei ihm nicht fehlen. Ebenso
lege er den größten Wert auf freundschaftliche Bezie-
hungen zu den süddeutschen Nachbarstaaten. Die von sei-
nem Vorgänger in dieser Beziehung nicht ohne Erfolg an-
gewandten Bemühungen werde er fortsetzen. Weiter be-
tonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit der Auf-
rechterhaltung guter Beziehungen zum Heiligen Stuhl und
äußerte sich dann eingehend über die Maßnahmen auf in-
nerpolitischem Gebiet. Dabei betonte er, daß es notwen-
dig sei, an die gesetzliche Regelung des Verfahrens bei
Volksbegehren und Volksentscheiden baldmöglichst heran-
zugehen. Im Zusammenhang werde auch die erhobene
Forderung nach Schaffung eines Staatspräsidenten zu be-
handelt sein. Was dem Reich als notwendig erscheine und
was sich dort als zweckmäßig bewährt habe, sollte einem
Landes von solcher geschichtlicher Bedeutung wie Bayern nicht
grundsätzlich vorenthalten werden. Seine erste Sorge
werde darauf gerichtet sein, den Glauben an die Staats-
autorität und die Achtung vor ihr zu sichern und weiter-
hin mit allen verfügbaren Mitteln auf die Aufrechterhal-
tung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bedacht zu
sein. Gegen jeden Versuch eines gewaltsamen Amtstozes
werde er mit aller Entschiedenheit unterschiedslos auftreten.
Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage erklärte der Minister-
präsident, daß die Staatsregierung jeden denkbaren Ver-
such zur Verminderung des wirtschaftlichen Elends unter-
nehmen und bei dem Reich alle nötigen Schritte nachdrück-
lich tun werde.

Der neue bayerische Handelsminister.

München, 11. Nov. Nach einer Meldung der „Münche-
ner Post“ wird Staatsrat von Heinel zum Bayerischen Han-
delsminister ernannt. Ihm wird seit dem Ausscheiden des
Ministers Hamm die Leitung des Handelsministeriums
übertragen werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. November 1922.

Ergebnis der forstlichen Fachprüfung.

Bei der in Freiburg vorgenommenen forstlichen Fach-
prüfung ist u. a. Emil Georgii von Calw für befähigt
erkannt und zum Forstreferendar bestellt worden.

Herbstunterhaltung des Gesangvereins Concordia.

Am letzten Samstag waren die Mitglieder der „Concordia“
zu ihrer Herbstunterhaltung im Weischen Saale versammelt.
Die Veranstaltung nahm einen stimmungsvollen gemütlichen
Verlauf. Den düstern Tagen der Gegenwart zum Trost und zur
Aufmunterung verzagter Gemüter erklang als Einleitung: Hab
Sonne im Herzen! Zu einem Gang in den farbenprächtigen
Herbstwald und zum Schmeißen in die Ferne lud ein der mit
viel innerer Anteilnahme und erfrischendem Fluß vorgetragene
Chor: hinaus in die Ferne! Das Sopran solo „Waldesausflucht“
wurde von Frä. Böttlinger mit der ihr eigenen, ungelinstel-
ten Natürlichkeit vorgetragen, wobei der Wohlklang ihrer Stim-
me um so mehr zur Geltung kam. Pflicht und Arbeit, Wind
und Kälte, Nacht und Nebel binden uns in den kommenden
Tagen an „niedriger Häuser dumpfe Gemäuer“, darum heißt
es Abschied nehmen von Furch und Wald „Lebe wohl, ich ihm dich
Gott, du deutscher Wald“ sang der Chor in zartem Pianissimo.

Was uns die Heimat und der Wald bedeuten, klang aus dem
gemischten Chor „Heimatsehnen“. Mit dem Vortrag des „Er-
kennen“ von Loewe durch Frä. Böttlinger war der erste Teil
des Programms erledigt. Wenn nun auch der „Seurige“ gerade
nicht sehr geeignet ist, besonders wonnige Gefühle zu wecken, so
erklang doch frisch und froh als Einleitung zum zweiten Teil des
Programms Angerer Chor: „Junge Lieb und junger Wein,
müssen led getrunken sein“. Doch den Alten bleibt nur der Er-
tönerung süßes Glück. „Das Herbstlaub fällt; es mahnt uns wie-
der: Die Zeit entflieht, wir werden alt. — Drum gönne mit
den Frühlingstraum.“ Das war die Weise, die der gemischte
Chor so schmeichelnd tröstend den „Alten“ widmete. Von Lieb
und Treu klang's aus dem folgenden Sopran solo: O weine
nicht. Aber — Rund ist das Herz der Frau, gedreht auf tausend-
dem Schwungrad; drum wie die Kugel, die rollt, wannt es und
wechelt es schnell. Deshalb ruft auch Waldramus im Chor von
Löffler: „Vale carissima“. Der gemischte Chor tröstet den um
Lieb' und Treu' Verlorenen und singt: „Aus allen Märchen
winnt es“. Aber wie so mancher in ähnlicher Lage, sucht auch er
den Trost im Becher und klagt: „Mein schwarzbraun Nügdlein
brach die Treu. — Drum: Holla! Herr Birt — den größten
Krug mit dem besten Wein! Das war der Schluß des Pro-
gramms. Der Vorstand des Vereins versäumte nicht den Be-
teiligten den gebührenden Dank auszusprechen und die Sänger
zu eifriger Winterarbeit aufzufordern. Frä. Böttlinger wurde als
Dank und Anerkennung ein Strauß von des „Sommers letzten
Rosen“ überreicht. In frohem Scherz und gemüthlicher Unter-
haltung flossen die folgenden Stunden nur all zu rasch dahin
und zeitig, wie sich's in der Gegenwart geziemt, zog man nach
Hause. Und wem's vielleicht zu kurz sein wollte, dem mag's zum
Trost gewesen sein, wenn er andern Tags einen frischen, wohl
ausgeschlafenen Kopf und einen glimpflich davon gekommenen
Geldbeutel hatte.

Finanzausschuß.

Stuttgart, 10. Nov. Der Finanzausschuß setzte heute die
Beratung des Haushaltsplanes des Arbeitsministeriums
bei Kapitel 31a betreffend die Hauptfürsorgestelle der
Kriegsbeschädigten und die Kriegshinter-
bliebenenfürsorge fort. Arbeitsminister Reil
teilte mit, daß die Zahl der Kriegsbeschädigten, einschließ-
lich der Dienstbeschädigten und Wirtentner in Württemberg
am 1. Oktober 1922 632 beträgt. Davon stehen in Für-
sorge 45 272. Schwerbeschädigte, die in Berufsberatung und
Berufsunterbringung bei der Hauptfürsorgestelle stehen,
sind es 11 918. Die Zahl der Kriegshinterbliebenen be-
trägt 15 006 Witwen, 38 427 Halbwaisen, 2009 Vollwaisen
und 5344 Eltern. Das gibt zusammen 60 786 gegen 68 146
im vorigen Jahre. Von den Kriegshinterbliebenen stehen
insgesamt 58 140 in Fürsorge. Die Abfindung der Kriegs-
gefangenen (21 000) mit Löhnungsbeihilfen ist zum größ-
ten Teil durchgeführt. In diesem Jahre ist bei der Haupt-
fürsorgestelle die Verwaltung der Regimentsstiftungen im
Betrag von 4 Millionen neu hinzugekommen. Die Aus-
bezahlung der Teuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte und
Kriegshinterbliebene beträgt monatlich etwa 120 Millionen
Mark. Ein Zentrumsredner besprach die Berufsberatung
der Fürsorgestelle, besonders die einheitliche Gestaltung der
Arbeitsvermittlung für Schwerbeschädigte und die Renten-
versorgung der letzteren, die er als unzulänglich bezeichnete.
Ueber diese Frage entspann sich eine längere Aussprache,
in deren Verlauf auf einen weiten Abbau vorhandener
Stellen und auf eine Zusammenfassung der letzteren be-
sonders hingewiesen wurde. Das Kapitel selbst fand keine
Beanstandung. Sodann wurde Titel 11 betr. das Lan-
desbrennstoffamt beraten. Der Berichterstatter
Pflüger berichtete eingehend über den Stand der württ.
Brennstoffversorgung. Eine Hauptfrage des Brennstoff-
amtes war es, zunächst die öffentlichen Anstalten und die
Industrie, sowie die gemeindlichen und bezirklichen Unter-
nehmungen mit Brennstoff zu versorgen. Auch hinsicht-
lich der Versorgung mit Hausbrand hat sich das Brenn-
stoffamt viel Mühe gegeben. Die Torfproduktion ist durch
das anhaltend schlechte Wetter sehr gestört worden. Im
übrigen wies der Berichterstatter darauf hin, daß durch die
Reparationskosten ein schwerer Abtrag in der württem-
bergischen Brennstoffversorgung zu Tage tritt. Dasselbe
gilt von der Versorgung mit Schmelzkohlen, an denen
ein ganz besonderer Mangel besteht. In der Aussprache
wurde zu der Kohlenpreissteigerung und der Leistung der
Bergarbeiterschaft in einzelnen Stellen genommen. Ein
Zentrumsredner stellte an der Hand der Statistik fest, daß
die Kohlenproduktion im ersten Halbjahr 1922 gegen das
erste Halbjahr 1921 sich um 7 Millionen Tonnen gebessert
hat und daß die Leistungen der Bergarbeiterschaft pro
Kopf wesentlich zugenommen haben. Arbeitsminister
Reil wies insbesondere darauf hin, daß seines Erach-
tens die jetzigen hohen Kohlenpreise in den Arbeitslöhnen
und sonstigen Gestezungskosten keine volle Berechtigung
finden. Die Debatte hierüber schloß mit der Annahme
eines von allen Parteien gestellten Antrages, worin die
württ. Regierung ersucht wird, unverzüglich für eine
bessere Versorgung Württembergs mit Kohlen erneut bei
den zuständigen Reichsstellen vorstellig zu werden und da-
bei auf die Gefahren hinzuweisen, die der verarbeitenden
Industrie aus dem Kohlenmangel drohen. Ferner wird
die Regierung auf die schlechte Versorgung mit Haus-
brandkohlen aufmerksam gemacht und auf den Unterschied
zwischen den heutigen Kohlenpreisen und den Gestezung-
kosten für Rohle hingewiesen.

(SCH.) Göppingen, 10. Nov. Der Gemeinderat beschloß,
den Minderbemittelten Koks und Brennholz sowie Kartoffeln
zu einem erheblich billigeren Preise als dem Markt-
preis zuzustellen. Außerdem soll für solche Personen der

Gaspreis und die Milch verbilligt werden. Auch können je
Darlehen erhalten zur Beschaffung des Winterorrats.

(SCH.) Gmünd, 10. Nov. Der vermifete Kaufmann
Melzer ist auf dem kalten Feld tot aufgefunden worden.
Er hatte sich die Pulsader geöffnet. Melzer stand im 53.
Lebensjahr und war Junggehilfe. Er war lange Zeit
Fabrikdirektor in einem Silberwarenwerk. Verzweiflung
darüber, daß es ihm trotz aller Bemühungen nicht gelang,
eine feste Stelle zu finden, die ihm Lebensunterhalt ge-
währt hätte, hat den Mann zu der Tat getrieben.

(SCH.) Würzburg, 9. Nov. Im benachbarten Wölfes-
berg war der 51 Jahre alte verh. Dekonom Valentin Herd-
rich in den oberen Scheuerräumen allein mit Einlassen von
Frucht an seiner mit Motor betriebenen Dreschmaschine be-
schäftigt, während seine Frau unten in der Tenne beschäftigt
war. Als der Motor langsamer zu arbeiten begann, glaubte
sie etwas nicht in Ordnung und wollte nachsehen. Sie fand
ihren Mann, die Kleider in Fetzen vom Leibe gerissen und
der Körper schrecklich zugerichtet, in der Transmission hän-
gend, bereits tot auf.

(SCH.) Ravensburg, 10. Nov. Der 36jährige Flasch-
nermeister Georg Heß aus Neckenbeuren hatte den Ent-
schluß gefaßt, seine Frau durch Einatmung von Karbid-
dämpfen zu töten. Er durchbrach die Wand des Schlaf-
zimmers seiner Frau und leitete durch die Oeffnung eine
Röhre, die er nachts mit den Karbidampfen einer Fahr-
radlaterne anfüllte. Heß hatte sich nun vor dem Schur-
gericht wegen vorsätzlicher Tötung zu verantworten, da ihn
seine Frau des versuchten Gattenmords angeklagt hat. Die
Geschworenen sprachen ihn jedoch frei, zumal seine Frau die
Anklage wieder zurückgezogen hat.

(SCH.) Wangen i. A., 10. Nov. Auch die Wohnwagen
werden modernisiert. Ein eigenartiges Fahrzeug, ein Wohn-
auto, war hier zu sehen. Das originelle Vehikel gehörte
einem zum Martinimarkt aufgezogenen Schausteller.

(SCH.) Friedrichshafen, 9. Nov. Der Zeppelinluft-
kreuzer, der als Reparationsluftschiff der
amerikanischen Marine zugeteilt worden ist,
wurde nun in Angriff genommen. Mit der Fertigstellung
ist kaum vor August nächsten Jahres zu rechnen, da die ameri-
kanische Regierung, die Sachverständige nach Deutschland
gesandt hat, der Werkleitung eine Anzahl von Sonder-
wünschen geäußert hat. Noch nicht bestimmt ist auch, ob
das Luftschiff mit aus dem Kriege stammenden Motoren
ausgerüstet wird oder ob, entsprechend einem Wunsche des
amerikanischen Marineamts, neue Maybach-Motoren ein-
gebaut werden sollen.

(SCH.) Friedrichshafen, 9. Nov. Um dem immer häu-
figeren Auftreten des Kropfes vorzubeugen, werden jetzt
den Schülern in der Schule auf Gemeinkosten einige Mo-
nate lang kleine Jodgaben (Tabletten) verabreicht werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 7669 Mark, der Schweizer
Franken auf 1415 Mark.

Handel und Industrie.

(SCH.) Unterlückheim, 10. Nov. Die Verwaltung der Daim-
ler Motoren-Gesellschaft beantragt außer der schon bekannt ge-
gebenen Kapitalerhöhung die Verlegung des Sitzes der Ge-
sellschaft nach Berlin.

Märkte.

Dem Viehmarkt in Gien gen a. Br. waren 164 Stück zuge-
führt. 1 Paar Ochsen kosteten 350 000 bis 500 000 M, 1 Paar
Stiere 250 000 bis 350 000 M, eine Kuh 120 000 bis 240 000 M,
eine Kalbel 120 000 bis 200 000 M, ein Farnen 60 000 bis
145 000 M, ein Stück Jungvieh 40 000 bis 150 000 M. — Dem
Viehmarkt in Gien gen waren 10 Kühe, 20 Kalben, 20 Stück
Jungvieh, 8 Farnen, 6 Mutterschweine und 385 Ferkel zugeführt.
Farnen galten 140 000—165 000 M, Kühe 1000 000 bis 110 000 M,
Kalben 140 000 bis 160 000 M, Jungvieh 30 000 bis 65 000 M,
ein Mutterschwein 80 000 bis 115 000 M je das Stück. 1 Paar
Ferkel kosteten 16 000 bis 30 000 M, ein Paar Läufer 38 000 bis
56 000 M. In Gerabronn galt das Paar Milchschweine
25 000 bis 32 000 M.

(SCH.) Winnenden, 10. Nov. Auf dem Markt wurde
bezahlt für 1 Stück Jungvieh 45 000—60 000 M, für eine
trächtige Kalbin 130 000—160 000, für eine Kuh 130 000 bis
150 000, für ein Kind im Gewicht von 692 Pfd. 105 000 M,
im Gewicht von 608 Pfd. 95 000 M, für einen Ochsen im
Gewicht von 1340 Pfd. 222 000 M. — Der Verkaufspreis für
Milchschweine bewegte sich zwischen 14 000—16 000 M pro
Stück. Trotz der hohen Preise wurden sämtliche zugeführ-
ten 112 Milchschweine verkauft. — Auf dem Holzmarkt be-
trug die Zufuhr nur 6 Wagen Schnittholz (Breiter, Böd-
seiten und Latten). Der Preis für den Quadratmeter
Breiter bewegte sich zwischen 900—1100 M, für Bödseiten
1600—1700 M für das 1/2 Meter Latten 18—20 M. Bei
großer Nachfrage wurde alles verkauft. Der Krämermarkt
war sehr gut besucht. — Die Zufuhr zum Fruchtmarkt be-
trug 35 Ztr. Weizen, 99 Ztr. Hafer, 1 Ztr. Roggen. Be-
zahlt wurde für Weizen 14 000—16 000 M, für Hafer 13 000
bis 16 000 M und für Roggen 13 000 je pro Ztr. Handel
und Verkauf waren lebhaft.

(SCH.) Unterhausen, 10. Nov. Zum Markte waren an
Vieh aufgestellt etwa 18 Kühe (80 000 bis 180 000 M), 15 Ochsen
und Stiere (120 000 bis 190 000 M), 16 Stück Jungvieh (30 000
bis 120 000 M), 18 Stück Milchschweine, wovon 15 zu 11 000 bis
15 000 M verkauft. — Die Gemeinde löste für einen in 40 Lose
eingeteilten Holzschlag 381 810 M. Die Käufer müssen das Holz
selbst fällen.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten und
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verleber
solgen in Beziehung kommen. D. Eggel.

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Darlehensverein Sonnenhardt e. G. m. u. H. in Sonnenhardt eingetragen: An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitglieds Jakob Kock sen. wurde durch Beschluss der Generalversammlung vom 28. Oktober 1922 zum Mitglied des Vorstandes bestellt: Johann Georg Mast, Gemeindepfleger in Sonnenhardt.
Den 9. November 1922.

Obersekretär Dürr.

Dampfwalzbetrieb 1923.

Die Gemeinden des Oberamtsbezirks werden hiemit benachrichtigt, daß im Laufe des Sommers wiederum Dampfwalzen für das Bauamt im Bezirk tätig sind.

Gemeinden, welche die Walzen zu benützen wünschen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Länge der Straße und der ungefähren Menge und Art des einzuzwalzenden Geschlags innerhalb 4 Wochen bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Später einkommende Gesuche können nur in den dringendsten Fällen berücksichtigt werden. Von der Möglichkeit und der Zeit der Abgabe der Balken wird jede Gemeinde benachrichtigt werden, sobald der Walzenbetriebsplan festgestellt sein wird. Die Bedingungen für die Mitbenützung der Walzen werden auf Ansuchen von dem Bauamt mitgeteilt.
Calw, den 10. November 1922.

Straßen- und Wasserbauamt
S. B.: Seiger.

Altburg, den 10. November 1922.
Todes-Anzeige.
Verwandten und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Christine Rentzler
Schneidemeisters-Witwe
nach schwerem Leiden im Alter von 81 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung am Sonntag Mittag 2 Uhr.

-I- Bruchleiden.

Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne schmerzhaftes Einspritzen, vollständig ohne Verunsicherung. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.
Sprechstunde in Calw, Samstag 18. Nov., nachmittags 3-6 Uhr, Hotel „Waldhorn“.
Dr. med. H. L. Meyer, praktischer Arzt, Hamburg, Schauenburgerstraße 4.
Beitrag hierdurch mit vielem Dank für tadellose Heilung meines Leistenbruchs während 4 1/2 Monaten in meinem Alter von 74 Jahren.
Konstanz, 23. 1. 22. B, Gerichtsvollz. a. D.

Dr. K. Fahrenkamp
leit. Arzt des Sanatoriums Bad Teinach,
Facharzt für innere Krankheiten
hält jetzt Sprechstunde
in Stuttgart
Montag bis Freitag von 3-5 Uhr
Moserstraße 181, Fernruf 11460.

Dienstag, den 14. Nov., von vormittags 1/28 Uhr ab steht
in Calw im „Löwen“
ein sehr großer Transport
erföll. starker junger Milchkuhe
(Schaffkuhe), trächtiger Kühe,
hochträchtiger Kalbinnen,
schön. stark. Zugtiere
(auch paarweise), sowie sehr
große Auswahl
schönes Jungvieh
zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
und Tausch einladen
Rubin und Max Löwengart.

Veteranen- und Militär-Verein.

Kamerad
Vollinspekt.
Haug
ist gestorben.
Sammeln
zur Beerdigung
Sonntag mittag 1 Uhr
beim Vorstand.

Bezirkswirts- Verein Calw.

Et. Versammlungsbeschluss
treten

ab heute
folgend. Preise
in Kraft.

1/2 ltr. Most 12 Mk.
1/2 ltr. Wein
1922 er 40 Mk.
Alter Wein 50 Mk.
Qualitätswein
entsprechend höher.
Mittlagesse im
Abonnement 150 Mk.
Sämtliche Preise
sind Mindestpreise.
Der Ausschuß.

Bad Teinach.
Café Robleuscher
geschlossen.

Sie kaufen heute noch
die beliebte
Gerster's
Nähmaschine
vorteilhaft
solange Vorrat
Stephan Gerster,
Hauptplatz Reutlingen
Auskunft kostenlos -
günstige Zahlungs-
weise. Bei Kauf wird
Fahrt vergütet!

Buchen-,
Eichen-,
Tannen-,
Fichten-,
Stockholz-,
Bündel- und
Schwarten-
Brennholz,
sowie
Stangen
aller Klassen kauft
tausendges. sofortige
Kasse.

Wilhelm Lanher,
Ebensbach/Wilbg.
Fernsprecher 2.

Für
Felle

jeder Art, sowie gebrauchte
Mehlsäcke
und alle Sorten Säcke
werden die höchsten Preise
bezahlt nur bei
Rosdzial,
Pforzheim,
Klostermühlgasse 6
Erdmann, Telefon 2681.
Jedes Quantum wird
abgeholt.

Altburg.



Stammholz- Verkauf.

Aus dem Gemeinewald kommen im Submissionsweg zum Verkauf:

Forchen: Langholz 8,18 Fm. II., 43,72 Fm. III., 16,03 Fm. IV., 3,62 Fm. V.;
Sägholz 0,92 Fm. II., 1,48 Fm. III. Klasse.

Tannen: Langholz 0,44 Fm. IV., 0,73 Fm. V. Klasse.

Schriftliche Angebote in Prozenten der vom 1. Nov. 1922 ab geltenden Landesgrundpreise werden bis

Samstag, den 18. November 1922,
nachmittags 2 Uhr,

an das Schultheißenamt erbeten. Abwehr günstig.
Gemeinderat.

Geschäfts-Empfehlung.

Ich bringe hiermit zur aest. Kenntnis, daß ich ab Samstag, den 11. ds. Mts., im Hause des Herrn Privatiers Stroß (untere Brücke) eine

Verkaufsstelle

für meine sämtlichen Erzeugnisse errichtet habe. - Außerdem bringe ich daselbst sämtliche

Kolonialwaren

zum Verkauf und bitte meine werke Kundschaft um Unterstützung.

E. Wackenhuth, Calw
Telefon 121.

Kaufen Sie Ihre Weihnachtsgeschenke jetzt schon ein!

Es lohnt sich. Ein herrliches Geschenkwerk ist der neue

Brockhaus

Handbuch des Wissens.
Band 1 und 2 in Halbleinen

Buchhandlung Kirchherr.

Kopfungszweifel mit
Brent
erhält. bei: Alte Apotheke F. E. Reichmann, Liebenzell; Apotheke Wohl, Teinach; Apotheke.

Ein älteres, selbständiges
Mädchen

das kochen kann, zu jungem Ehepaar nach Stuttgart gesucht.
Näheres zu erfragen
Station Teinach,
Elektr. Weru.

Ein jüngerer
Schuhmacher

kann sofort eintreten bei
Gottlob Mann,
Schuhmachermeister,
Nutesheim O.A. Leonberg.

Delmühle Gärtringen

Auf vielseitiges Anfragen gebe ich bekannt, daß ich auch

Bucheln

neben anderer Delstucht zum Schagen annehme, bei höchster Delausbeute

Schlachlohn ab 1. November: bei Rückgabe der Ruchen 4 Mk. per Pfund, bei Zurücklassen der Ruchen 1 Mk. per Pfund.

W. Guhl,
Fernsprecher 11.

Zirka 12 Ztr. Heu

hat zu verkaufen.
Stahl, Ottenbronn.

Babette Busch
Otto Kern
Flachnermeister und Installateur
grüßen als Verlobte
Crailsheim
Bad Liebenzell
Bad Liebenzell
November 1922

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr
„Flammen der Wüste“
Drama in 7 Akten, mit Beiprogramm
„Zwei Kerzen und ein Schlag“.

Einladung zum 50er Fest
nach Altburg ins Gasth. z. „Lamm“.
Alle im Jahre 1872 Geborenen von Altburg und Umgebung werden auf Sonntag nachmittags 4 Uhr zu einer Feier herzlich eingeladen.
Mehrere Altersgenossen.

Felle
Zahle enorme Preise für Felle all. Art.
Stallhalbfelle nach Größe bis 150 Mark u. mehr.
Legen Sie mir Ihre Felle vor. Adresse ausschneiden.
E. Maifchofer, Pforzheim,
Tierpräparation. Lindenstraße 52.

Biehverkauf.

Von kommenden Dienstag, den 14. ds. Mts., vormittags 8 Uhr ab, steht in meinen Stallungen

in Wildberg
ein sehr großer Transport

erföll. hochträcht. Kalbinnen
und Kühe,
Kälbertühe
sow. Milchkuhe,
junge Schaffkuhe u. Bernstiere
und große Auswahl in Jungvieh,
ferner zwei gute Arbeitspferde
zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladet
Hermann Hopfer.



Verkaufe hellblaue neue
Sacke
für junges Mädchen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Im Ausstopfen v. Vögeln u. Tieren empfiehlt sich
Julius Dingler, Calw,
Vorstadt.

Jeder Gewerbetreibende
wendet sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkularen, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.